

Schweizerische Sicherheitspolitik zwischen Autonomie und Integration

Autor(en): **Knoepfel, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **40 (1993)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-368372>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unser Neutralitätsdenken ist kaum mehr gefragt

Schweizerische Sicherheitspolitik zwischen Autonomie und Integration

Am 18. September fand in der Universität Freiburg i.Ue. ein Kolloquium über die Sicherheitspolitik unseres Landes im Spannungsfeld von Autonomie und Integration statt. Die Ziele des Anlasses waren die Vertiefung des Wissens im Bereich der Sicherheitspolitik, die Förderung der Information über die Gesamtverteidigung sowie die Verbesserung der Koordination zwischen den in diesem Bereich tätigen Stellen.

MARTIN KNOEPFEL

Nach einem Vortrag des deutschen Politologen Michael Stürmer ging die Diskussion in Arbeitsgruppen zu den Themen «Ouvverture au monde et neutralité», «Friedensförderung und Landesverteidigung», «Katastrophenhilfe», «Wirtschaft und Landesversorgung» sowie «Flüchtlings- und Asylpolitik» weiter. Den Abschluss der gutbesuchten Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion unter der Leitung des Strategieexperten Gustav Däniker.

Europäische Verteidigung nach 1990

Der Hauptreferent des Anlasses, Michael Stürmer, stammt aus Kassel (Hessen) und hat Geschichte und Sozialwissenschaften studiert. Von 1973 bis 1988 lehrte er an der Universität Erlangen, und seit April 1988 ist er Direktor des Forschungsinstituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

In seinen Ausführungen zeichnete Stürmer ein recht pessimistisches Bild der heutigen Situation, die jeder Prognose, Kontrolle und sicherheitspolitischen Gestaltung entglitten sei. Seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums haben sich Nordamerika und Westeuropa entfremdet. Ausdruck dieser Entwicklung ist der Umstand, dass nicht nur das militärische Engagement der USA in Europa erheblich reduziert wird, sondern diese Truppen auch nicht mehr allein der Verteidigung Westeuropas dienen, sondern ein Element einer globalen maritimen Strategie sind. Dabei scheint Westeuropa erstaunlicherweise die Konsequenzen die-

ser Entwicklung nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, denn sonst müsste es entweder dem mit allen Kräften entgegenwirken oder aber eine eigenständige Verteidigungsmacht aufbauen.

Heute kommt die Gefährdung der Sicherheit Westeuropas nach der Einschätzung Stürmers vor allem aus vier Entwicklungen. Eine erste Bedrohung sind die riesigen Probleme, die nach dem Zerfall der Sowjetunion zu Tage getreten sind und die durch die Existenz gigantischer, konventioneller und nuklearer Arsenale in den Nachfolgestaaten verschärft werden. Eine zweite Bedrohung sieht der Referent im islamischen Krisenbogen, der sich von Bangladesch bis Algerien erstreckt und durch das Fehlen demokratischer und rechtsstaatlicher Traditionen, durch eine massive Bevölkerungszunahme sowie durch die Spannungen zwischen prowestlichen, säkularistischen und antiwestlichen, totalitär-islamischen Staatskonzeptionen gekennzeichnet ist. Damit eng verbunden ist die Proliferation von Waffen aller Art, wobei die Bestrebungen verschiedener Länder der Dritten Welt, chemische oder nukleare Arsenale zu erwerben, besonders gefährlich ist. Wenn es Nordkorea gelingt, ohne Sanktionen aus dem Atomsperrvertrag auszubrechen, ist nach Ansicht von Stürmer die nukleare Anarchie zu befürchten. Schliesslich könnte die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt zu alptraumartigen Zuständen mit Umweltzerstörungen grossen Ausmasses, politischer Instabilität und Völkerwanderungen führen. Die Friedensordnungen von 1919 und 1945 sind zerbrochen und neue Gefahren tauchen am Horizont auf, die mit dem kalten Krieg nichts zu tun haben, auf die Europa aber eine Antwort finden muss.

Stürmer ist deshalb überzeugt, dass die Nato sich der neuen Situation wird anpassen müssen, wobei Art. 4 des Nato-Vertrags, der gegenseitigen Konsultationen bei Bedrohungen der territorialen Integrität, der nationalen Unabhängigkeit oder der Sicherheit vorsieht, eine neue, grössere Bedeutung bekommen wird. Für den Fall, dass diese Anpassung nicht gelingt, befürchtet Stürmer einen Zerfall der Nato. Beispiele für die neuartigen Konflikte und Bedrohungen sind natürlich die Kriege im

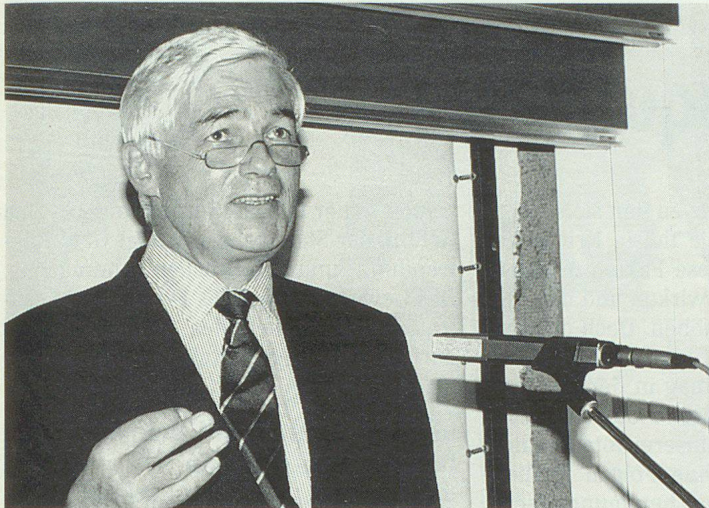
ehemaligen Jugoslawien und im Kaukasus sowie der Konflikt zwischen der Moldau-Republik und den transnistrischen Separatisten.

Die Politik Europas bleibt dabei zwiespältig; während Grossbritannien die Bedeutung der Nato unterstreicht, will Frankreich das atlantische Bündnis wenn möglich auf den (momentan sehr unwahrscheinlichen) Verteidigungsfall beschränken. Die WEU als militärischer Arm der EG hat denn auch bis heute keine grosse Bedeutung errungen. Wenig verspricht sich der Referent aber auch von der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik, welche im Vertrag von Maastricht festgeschrieben wurde: Auch in einer ferneren Zukunft wird die Nato nach Ansicht Stürmers nur dank den USA eine nukleare Abschreckung, Satellitenbeobachtungssysteme sowie See- und Lufttransportkapazitäten grösseren Ausmasses besitzen.

In bezug auf Mittel- und Osteuropa riet der Referent, den sicherheitspolitischen Schwebezustand nur allmählich zu ändern, das heisst, den Wünschen der Reformstaaten nach einem Nato-Beitritt vorerst aus Rücksicht auf Russland die kalte Schulter zu zeigen und diese Länder auf die Mitgliedschaft in der KSZE und im Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC) zu beschränken, obwohl diese Organisationen keine reale Macht besitzen. Die EG wird nach Ansicht von Stürmer zwar nicht zerfallen, aber auch lange Zeit brauchen, bis sie zu einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik fähig ist. Der einzige wirkliche Garant europäischer Sicherheit bleibt deshalb die Nato, die jedoch eine grundlegend neue Verteidigungsstrategie entwickeln muss. Die Nato benötigt aber auch ein Klima der Verständigung zwischen den Partnern auf beiden Seiten des Atlantiks, beispielsweise durch eine Lösung der Handelskonflikte. Mit einem Wiederaufleben der sowjetischen Bedrohung rechnet Stürmer nicht, aber die Welt wird seiner Ansicht nach trotzdem ein gefährlicher Ort bleiben.

In der Katastrophenbewältigung steht vieles erst auf dem Papier

Die Arbeitsgruppe I stand unter der Leitung des Präsidenten der Schweizerischen



Michael Stürmer:
«Die Sicherheit
Europas ist heute
echt bedroht.»

FOTO: RM-INFO, PULLY

Gesellschaft für Aussenpolitik, Raymond Probst, der unter anderem darauf hinweist, dass die Neutralität der Schweiz in Zukunft nicht in der bisherigen Form aufrechterhalten werden könne. Der Vertreter des EDA, Botschafter Hoffmann, verfocht dabei die These, dass sich Neutralität und Öffnung der Schweiz miteinander vereinbaren lassen und beurteilt die Teilnahme unseres Landes an friedenserhaltenden Aktionen der Uno und der KSZE als neutralitätspolitisch unbedenklich und im nationalen Interesse der Schweiz liegend. Wie der Berichterstatter der Arbeitsgruppe II, Professor Spillmann (ETH Zürich), ausführte, waren sich die Teilnehmer dieser Gruppe einig, dass die Friedensförderung im Interesse unseres Landes liegt und die Teilnahme an Blauhelm-Aktionen eine sinnvolle Weiterentwicklung der immer weniger gefragten guten Dienste darstellt. Die zukünftigen Bedrohungen sind nach Ansicht von Spillmann immer mehr grenzüberschreitender Natur, weshalb sich die Schweiz im eigenen Interesse an den Integrationsbestrebungen beteiligen sollte.

Auch die Leiterin des Workshops zum Thema «Katastrophenhilfe», Christiane Langenberger (Präsidentin des Zivilschutzverbandes VD), unterstrich, dass sich Natur- und Zivilisationskatastrophen nicht an Landesgrenzen zu halten pflegen; internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Kooperation sei deshalb gefragt. Zwar verfüge die Schweiz als Folge der Katastrophe von Tschernobyl über ein sehr gutes Alarmsystem, doch viele Vorkehrungen zur Katastrophenbewältigung existierten nach wie vor nur auf dem Papier und könnten aus Geldmangel nicht in grossen Übungen getestet werden. Langenberger befürchtet deshalb einen Verlust an wertvollem Know-how und kritisierte, dass die Erfahrungen des SKH aus Auslandseinsätzen von der Verwaltung zu-

wenig ausgeschöpft würden. Weiter fordert Langenberger eine Vereinheitlichung sowohl der Regeln als auch des Materials nicht nur zwischen den einzelnen Kantonen, sondern auch zwischen den verschiedenen Staaten. Zudem müsse die Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr und dem Zivilschutz vermehrt geschult werden. Zum Blauhelm-Referendum merkte sie maliziös an, dass eine Ablehnung der Vorlage die Isolation der Schweiz ad absurdum führen würde.

Interessiert sich das Ausland noch für unsere Neutralität?

Kurt Moser (Direktor des SHIV) forderte, dass die Aussenwirtschaftspolitik angesichts der grossen Exportabhängigkeit unseres Landes danach trachten sollte, den international tätigen Unternehmen politische Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Weiter wies Moser darauf hin, dass sich die heutige Lage der Schweiz nur durch wirtschaftliche Integration verbessern lasse. Da die Wirtschaft den Versorgungsauftrag effizient und kostengünstig erfüllen kann, soll sich der Staat nach Ansicht von Moser darauf beschränken, hier Rahmenbedingungen zu setzen und Schiedsrichter zu spielen. Die Berichterstatterin der Arbeitsgruppe V, Kantonsrätin Fierz (Zürich), wies darauf hin, dass Migrationsprobleme nur international gelöst werden könnten und dass die Entscheidungen eines Landes, wie die Reform des deutschen Asylrechts, auch andere Staaten beeinflussten (so durch einen höheren Zustrom von Asylanten in die Schweiz). Die Zunahme von Kriminalität und Migration zwingen nach Ansicht von Fierz zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Polizeibereich, wenn die innere Sicherheit aufrechterhalten werden soll. Allerdings ist die Schweiz hier isoliert, weil sie nicht Mit-

glied des Dubliner oder des Schengener Abkommens werden kann.

In der abschliessenden Diskussion wies Däniker darauf hin, dass die Konsequenzen der strategischen Wende noch nicht gänzlich ausgelotet worden seien. Die Schweiz sei zwar mit dem Sicherheitsbericht 90 vorangegangen, das Volk tue sich aber damit schwer, den Platz unseres Landes in einem veränderten Europa zu definieren. Weiter kritisierte Däniker die Haltung der Referenten, die wenigstens Teile der schweizerischen Neutralität bewahren wollten, als helvetozentrisch, denn im Ausland krähe kein Hahn mehr nach der Neutralität, und diese schütze uns auch nicht vor neuartigen Bedrohungen. Unser Land sei jedoch in einer bequemen Lage, weil es sich nicht sofort entscheiden müsse. Weil die herkömmliche Abschreckung nicht mehr funktioniert, ist nach Ansicht von Däniker der Übergang zu einer Projektion von Stabilität nötig. Das gilt natürlich nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Westeuropa und die USA. Die Strategie der Zukunft muss deshalb umfassend sein und auch die Wirtschaft und die innere Sicherheit einschliessen; in dieser Beziehung befindet sich die Schweiz mit der Konzeption der Gesamtverteidigung auf dem richtigen Weg. ▣

**Inserate interessieren die
Behörde in Bund, Kantonen
und Gemeinden.**

ZIVILSCHUTZ